

## Niederschrift

zur 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration

am Dienstag, den 27.04.2021, um 17:00 Uhr

im Atrium des Landratsamtes, Haus B, Breitscheidstraße 7 in 15848 Beeskow - Hybridsitzung -

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:37 Uhr

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

### I.Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 02.03.2021
4. Hauptamtliche Unterstützung für Ehrenamtliche - Engagement-Stützpunkt Oder-Spree als Anlauf- und Beratungsstelle erhalten  
Beschlussvorlage: 021/2021
5. Sachstandsbericht vom Gesundheitsamt zur Corona-Pandemie im Landkreis Oder-Spree
6. Gründung eines Mobilitätsbeirates  
Antrag: 12/B90/Grüne/2021
7. Modellregionen als Blaupausen aus der Krise  
Antrag: 13/CDU/2021
8. Beratung: Bestätigung des aufgestellten Nahverkehrsplanes für den übrigen kommunalen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2021 – 2025 einschließlich der Anlagen.  
Beschlussvorlage: 012/2021 **NEU**
9. Aktuelles aus der Verwaltung

## I. Öffentlicher Teil:

### **Zu TOP 1      Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende, **Frau Heinrich**, begrüßt alle Anwesenden zur 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration und stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Die Beschlussfähigkeit liegt vor. Frau Heinrich weist darauf hin, dass auch in Zukunft die Einwahldaten für die Videokonferenz verschlüsselt von Frau Malack-Prochnau per E-Mail versendet werden. Das selbst festgelegte Passwort ist für alle weiteren Links gültig.

### **Zu TOP 2      Bestätigung der Tagesordnung**

Es werden keine Einwände oder Zusätze vorgebracht. Die Tagesordnung gilt somit als bestätigt.

### **Zu TOP 3      Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 02.03.2021**

Das Protokoll der Sitzung vom 02.03.2021 findet keine Beanstandungen und gilt somit als bestätigt.

### **Zu TOP 4      Hauptamtliche Unterstützung für Ehrenamtliche - Engagement-Stützpunkt Oder-Spree als Anlauf- und Beratungsstelle erhalten Vorlage: 021/2021**

**Herr Kühne**, Koordinator der Stabstelle für Ländliche Entwicklung, stellt die Beschlussvorlage vor.

#### Fragen

**Frau Buhrke**, Leiterin des Ehrenamtszentrums in Beeskow, bestätigt die gute Zusammenarbeit des Engagement Stützpunktes Oder-Spree mit ihrem Zentrum. Es wurde auch eine Anwaltsberatung angeboten, welche vom Landkreis Oder-Spree finanziert wird. Diese Beratung wurde in Beeskow auch von einigen Bürgern genutzt. Frau Buhrke teilt mit, dass nach dem Wegfall des Engagement- Stützpunkt, die Staatskanzlei sich bei den Ehrenamtszentralen im Landkreis nach entsprechenden Ansprechpartnern nachgefragt hat.

**Herr Grätsch** sagt, dass er ein Schreiben einer Ehrenamtsagentur erhalten hat, mit der Information, dass die Staatskanzlei nicht nur die Förderung des Engagement- Stützpunktes im Landkreis Oder-Spree gestrichen hat, sondern auch die 100 EUR Mobilitätsticket, was die zukünftige ehrenamtliche Tätigkeit im Landkreis erschweren wird. Die Agenturen befürchten, dass durch eine Stelle, die durch den Landkreis geschaffen wird, eine gewisse Überbürokratisierung entsteht. Die Ehrenamtsagenturen sind teilweise nicht so überzeugt davon eine neue Planstelle über den Landkreis schaffen zu lassen.

Der Engagement-Stützpunkt wird keine zusätzliche Bürokratie auslösen, so **Herr Kühne**. Es wurde ein Netzwerk aufgebaut – der persönliche Kontakt ist Mittel der Wahl. Ziel dieses Stützpunktes ist, das Ehrenamt aus einer Hand zu entwickeln. Es wird keine zusätzliche Stelle, die Aufwand erfordert sondern eine Hilfe, die Ehrenamtszentralen weiter zu qualifizieren.

Mehr Bürokratie kam in der Vergangenheit z.B. auf das Ehrenamtszentrum in Beeskow nicht zu aber eine wirkliche Entlastung hat **Frau Buhrke** auch nicht gespürt. Die Rechtshilfe war eine zusätzliche Hilfe, die vom Landkreis vermittelt wurde und die Mobilitätspauschale wurde aus Landesmitteln finanziert. Hilfreich war nur die Akquirierung der Fördermittel aber ob man dafür eine neue Personalstelle schaffen muss, ist fraglich, so Frau Buhrke.

**ja: 5 enthalten: 2 nein: 2  
mehrheitlich zugestimmt**

## **Zu TOP 5 Sachstandsbericht vom Gesundheitsamt zur Corona-Pandemie im Landkreis Oder-Spree**

**Frau Zarling** übernimmt den Sachstandsbericht für das Gesundheitsamt und setzt den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration in Kenntnis, dass Herr Dr. Saldaña-Handreck seit 01.04.2021 nicht mehr Leitung des Gesundheitsamtes innehat. Er ist aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten und arbeitet jetzt in Gesundheitsamt im amtsärztlichen Dienst bzw. unterstützt die Kollegen bei der Bekämpfung der derzeitigen Pandemie.

- Stand 27.04.2021 - 7- Tage-Inzidenz = 143 – leichte Absenkung der Inzidenz
- 7.602 kumulierte Fälle seit Beginn und Erfassung der Pandemie im LOS
- aktuell 554 Infizierte
- insgesamt 282 Tote in Zusammenhang mit einer Covid 19 Erkrankung seit Beginn und Erfassung der Pandemie im LOS
- seit dem 23.04.2021 ist Bundesnotbremse in Kraft getreten
- am 23.04.2021 wurde bekannt gegeben, dass Inzidenz von 165 überschritten wurde – zur Folge – Aussetzung des Präsenzunterrichtes an Schulen, auch Musikschulen; Schließung der Kindertagesstätten
- Notbetreuung konnte durch den LOS erst ab Dienstag umfänglich geregelt werden
- Jugendamt hat Anträge auf Notfallbetreuung am Wochenende bearbeitet
- Kontaktnachverfolgung ist weiterhin durch die Bundeswehr und den MA der Kreisverwaltung sichergestellt
- seit 08.03.2021 neue Testverordnung in Kraft getreten (Aufnahme §4a – jeder Bürger hat auf mindestens 1 Testung in der Woche Anspruch)
- daraufhin wurden sofort 4 kommunale Teststellen eingerichtet, um wenigstens ansatzweise den Anspruch gerecht zu werden
- mittlerweile gibt es 13 Teststellen im LOS
- neue Arbeitsschutzverordnung verpflichtet den AG dem AN 1kostenfreie Testung in der Woche anzubieten
- Testungen werden auch in Kitas und Schulen angeboten
- kommunale Impfzentren wurden eingerichtet
- Unterstützung durch die Krankenhäuser Beeskow, Eisenhüttenstadt und Impfstelle in Schöneiche und Erkner
- seit 24.03.2021 wurden 5.522 Erstimpfungen vorgenommen
- seit 16. KW keine Impfstofflieferung für LOS aufgrund der Impfstoffknappheit mehr
- ab 18.KW Beginn der Zweitimpfungen mit BioNTech
- seit 14.KW wurden kommunale Impfstellen ohne zentrales Impfzentrum erstmal stillgelegt – da jetzt bei niedergelassenen Ärzten geimpft werden soll
- bis Herbst 2021 soll jeder Bürger im LOS ein Impfangebot erhalten

## Fragen

**Frau Heinrich** erwähnt, dass Herr Dr. Mühlberg einen sehr umfangreichen Fragenkatalog an das Gesundheitsamt Oder-Spree gesandt hat, welcher heute schriftlich beantwortet wurde.

**Herr Dr. Mühlberg** befürchtet eine Eskalation im Zusammenhang mit der Bundesnotbremse im Landkreis Oder-Spree. Dadurch wird ein Automatismus in Kraft gesetzt, der uns alle zur Geisel der Zahlen macht. Dr. Mühlberg vertraut den Meldungen nicht. Er befürchtet das Zahlen nicht ordnungsgemäß an das RKI übermittelt werden. Es besteht keinerlei Sicherheit über Validität der Daten, die teilweise in Excel-Tabellen erfasst werden. Das Gesundheitsamt folgt den vorgeschriebenen Melderegeln, d.h. es werden die Meldungen über die Fachanwendung ServNet an das Land übermittelt, so **Frau Zarling**.

**Herr Schink** möchte wissen, wer jetzt die Tätigkeiten der Amtsleitung vom Gesundheitsamt übernimmt. Die fachlichen Entscheidungen übernehmen jetzt die Sachgebietsleiter im Gesundheitsamt, so **Frau Zarling**.

**Herr Meise** korrigiert die Aussage von Frau Zarling, dass der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nur 1 kostenfreie Testung zur Verfügung stellen muss – es sind zwei. Er möchte wissen, ob die Arbeitgeber die Arbeitnehmer an die Testzentren verweisen können. Die Arbeitgeber können die Arbeitnehmer nicht in Größenordnungen an die Testzentren delegieren, so **Frau Zarling**. Es ist eine Pflicht vom Arbeitgeber angeschaffte Tests dem Arbeitnehmer kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Frage von Herrn Meise ist, ob in der Impfverordnung bei der Priorität die in der Priorität 3 explizit die Landwirte als impfberechtigt gelten. Frau Zarling wird sich über die Impfkategorien nochmal informieren – expliziert was die Landwirte betrifft.

**Herr Storek** erwähnt, dass er auch einen Fragenkatalog direkt an Herr Dr. Saldaña-Handreck gerichtet hat. Dieser blieb bis heute unbeantwortet. Er wird seinen Fragenkatalog nochmal einreichen mit der Bitte um zeitnahe Beantwortung. Er regt an, dass der beantwortete Fragenkatalog von Herrn Dr. Mühlberg allen Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung gestellt wird. Diese Verfahrensweise soll auch in Zukunft so gehandhabt werden. Herr Storek möchte wissen, warum jetzt auch die Musikschulen von der Schließung betroffen sind und diese erst am Montag um die Mittagszeit darüber informiert wurden.

**Frau Zarling** sagt, dass laut der Bundesnotbremse jetzt auch die Musikschulen keinen Präsenzunterricht mehr anbieten können.

**Frau von Stünzner** wünscht sich eine immer aktualisierte Darstellung der Hotspots vom Landkreis Oder-Spree, die jedem Bürger online zur Verfügung steht. Frau Zarling sagt zu, zu prüfen ob die Hotspots auf der Internetseite veröffentlicht werden können.

**Frau Freninez** möchte für alle kleinen Vereine sprechen. Die Pflicht des Arbeitgebers, dem Arbeitnehmer 2 Mal in der Woche einen kostenfreien Test zu Verfügung zu stellen ist für kleine Vereine finanziell nicht tragbar. Sie fragt nach, ob man da finanzielle Unterstützung vom Landkreis Oder-Spree beantragen kann oder in diesem Fall, die Arbeitnehmer an die Testzentren delegieren kann. Frau Freninez unterstützt den Vorschlag/ Wunsch von Frau von Stünzner, einer sich immer aktualisierende Darstellung der Hotspots im Landkreis Oder-Spree. **Frau Zarling** gibt die Anfrage der finanziellen Unterstützung kleiner Vereine im Hause weiter, um eine Unterstützung oder Absicherung der Testpflicht sicherzustellen.

**zur Kenntnis genommen**

**Zu TOP 6      Gründung eines Mobilitätsbeirates**  
**Vorlage: 12/B90/Grüne/2021**

**Frau Schink** erläutert den oben genannten Antrag.

Fragen

**Herr Grätsch** erfragt, ob man sich schon Gedanken über die Kosten gemacht hat. Ob es eine Art Arbeitskreis werden soll mit Ehrenamtlichen oder ob das auch mit Kosten für den Landkreis verbunden ist. Die Mitglieder in dem Beirat sollten die Entwicklung der Mobilität im Landkreis als Interessengemeinschaft fachkundig im Rahmen ihrer laufenden Tätigkeit bzw. ehrenamtlich zum Wohle einer gemeinwohlorientierten Mobilitätsentwicklung begleiten.

**Herr Storek** möchte genau wissen, welche Aufgaben dieser Mobilitätsbeirat dann haben wird. Der Beirat soll die Beteiligung und fachliche Anbindung aller Interessenvertreter, der in der Flächen tätigen Verkehrsdienstleister (u. A. Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), Busverkehr Oder-Spree (BOS), Schöneicher-Rüdersdorfer Straßenbahn GmbH, Deutsche Bahn etc.) an den strategischen Planungen zur Mobilitätsentwicklung im Landkreis sicherstellen, so **Herr Schink**.

**Herr Kühn** erwähnt, dass es bereits in der Kreisverwaltung verschiedene Unterarbeitsgruppen (UAG) gibt, welche sich regelmäßig über das Thema Mobilität im Landkreis Oder-Spree austauschen. Das Thema Mobilität sollte immer präsent aufgestellt sein, aber eine weitere Formalisierung in Form eines Beirates ist ad hoc nicht notwendig. Er würde empfehlen, den Erstellungsprozess des Mobilitätskonzeptes der Kreisverwaltung abzuwarten.

**Frau Heinrich** möchte, dass in diesem Beirat die Einbeziehung der Schüler-, Senioren- und Behindertenbeirat vorgenommen wird.

**ja: 3    enthalten: 4    nein: 2**  
**mehrheitlich zugestimmt**

**Zu TOP 7      Modellregionen als Blaupausen aus der Krise**  
**Vorlage: 13/CDU/2021**

**Frau Frau von Stünzner** erläutert den oben genannten Antrag.

Fragen

**Herr Grätsch** erwähnt, dass ihm als sachkundiger Bürger der Antrag gar nicht vorliegt. Das ist ein bekanntes Problem, so **Frau Heinrich**.

**Herr Storek** möchte wissen für wen die Modellprojekte gedacht sind, für Schulen, für Altenheime oder für Gaststätten. **Frau von Stünzner** sagt, dass die Akteure nicht aus der Verwaltung kommen sollen, sondern z.B. aus der Scharmützelsee Region, Beeskow Region usw. Die Akteure sollen sich vernetzen und Pläne erarbeiten, wie man nach der Bundesnotbremse/ Lockdown durchstarten kann.

**ja: 9    enthalten: 0    nein: 1**  
**mehrheitlich zugestimmt**

**Zu TOP 8      Beratung: Bestätigung des aufgestellten Nahverkehrsplanes für den übrigen kommunalen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2021 – 2025 einschließlich der Anlagen.  
Vorlage: 012/2021**

**Herr Burke**, 2. Beigeordneter und **Herr Dr. Günzel**, Geschäftsführer der **PROZIV Verkehrs- und Regionalplaner GmbH & Co. KG** stellen den aufgestellten Nahverkehrsplanes für den übrigen kommunalen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree vor.

(Aufstellung Anlage TOP 8)

Fragen

**Herr Meise** sagt, dass im Kreistag beschlossen wurde, dass wir erstmal ein Mobilitätskonzept erarbeiten, um die Bedarfe abzufragen, um dann dieses in den Nahverkehrsplan einfließen zu lassen. Jetzt wird es aber umgedreht gemacht. Herr Meise hat sich das Abwägungsprotokoll angeschaut und kommt zu Unstimmigkeit im Nahverkehr für Fürstenwalde (Spree). Deshalb sollte das nochmal in den Ausschüssen besprochen werden. Es steht im Abwägungsprotokoll, dass der Bedarf an Fahrten nicht vorhanden ist, aber der Bedarf wird nie da sein, wenn es kein Angebot gibt, so **Herr Meise**. Es müssen attraktive Angebote geschaffen werden, um die Nutzung zu befördern (mehr öffentliche Fahrten anstatt mit dem Auto zu fahren). **Herr Burke** sagt, dass der Kreisausschuss auf die Beratung in den Ausschüssen verwiesen hatte, da die Diskussionsrunde im Kreisausschuss zu kurz gekommen sei. Es wurde auch zu einer Sondersitzung eingeladen, wo man auch nochmal dargestellt hatte, dass es keine Konkurrenz zwischen Nahverkehrsplan und Mobilitätskonzept gibt. Wir brauchen das eine als Grundlage für das andere. Der Beitrag der Stadt Erkner wurde bereits in dem Nahverkehrsplan berücksichtigt. Das Verkehrsangebot in Woltersdorf soll weiterhin erhalten bleiben. Um das Mobilitätskonzept erstellen zu können, benötigen wir einen verabschiedeten Nahverkehrsplan, so **Herr Kühne**. Es ist ein Rahmenplan, auf den wir im Mobilitätskonzept aufsetzen.

**Frau Heinrich** vermisst die Stellungnahmen der Senioren- und Behindertenbeiräte – sind die Unterlagen den beiden Gremien nicht zugetragen worden. Herr Kühne möchte unbedingt die beiden Beiräte in dem Mobilitätskonzept mit einbeziehen.

**Frau Zarling** sagt, dass sowohl der Senioren- als auch der Behindertenbeirat mit einbezogen worden sind.

**zur Kenntnis genommen**

## Zu TOP 9      Aktuelles aus der Verwaltung

- **Ergänzung zum TOP 5** – derzeit 170 Mitarbeiter tätig für die Kontaktnachverfolgung, Entlassungsmanagement etc.
- Vertrag zur Hilfeleistung/ Unterstützung der Bundeswehr endet am 14.05.2021 – keine Verlängerung möglich

### Fragen

**Frau von Stünzner** fragt, ob der eingereichte Antrag der CDU vom 27.04.2021 noch beantwortet wird. Sie hat auch erfahren, dass am 26.03.2021 die Fraktion Die LINKE/.Piraten auch Fragen zu der Kündigung der Migrationssozialarbeit als Fachberatungsdienst eingereicht hat. Frau von Stünzner kennt keine negativen Gründe, welche für die Kündigung des Caritasverbandes und dem Bumerang e.V. zum 31.12.2021 sprechen. Frau von Stünzner bittet um Beantwortung der Fragen.

**Frau Freninez** möchte auch gern einen kurzen Sachstandsbericht.

**Frau Kaiser**, Amtsleiterin vom Amt für Ausländerangelegenheiten und Integration, äußert sich dazu. Frau Kaiser bietet an, bei einer der nächsten Sitzungen das Thema Migrationssozialarbeit vorzustellen. Es wird angeboten, die Beantwortung der Anfrage der Linken/Piraten zudem Thema den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

(Aufstellung Anlage)

Rita-Sybille Heinrich

Vorsitzende des Ausschusses  
für Soziales, Gesundheit und  
Migration

Andrea Malack-Prochnau

Schriftführerin